

Sorge um die Sorgenden

Sachverständige äußern sich zur „Care-Arbeit“

20. August 2020 – Das Kind liegt fiebernd im Bett, die eigenen Eltern sind pflegedürftig. Dann ist da noch der Haushalt. Meist sind es Frauen, die sich kümmern. Zusätzlich zum Job. Die Ausschüsse für Gleichstellung und Frauen, für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie für Familie, Kinder und Jugend haben sich in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Thema „Care-Arbeit“ befasst. „Care“ bedeutet übersetzt „Sorge“ oder „Pflege“. Sachverständige äußerten sich zu einem Antrag der Grünen-Fraktion.

Die Fraktion fordert in ihrem Antrag (17/8765) mehr Anerkennung und Unterstützung für die sogenannte Care-Arbeit. Dazu zählen nach Angaben der Grünen u. a. Sorge- und Pflegearbeit für Kinder und andere Angehörige, Hausarbeit, Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe. Besonders betroffen seien Frauen, sie leisteten die meiste „Sorgearbeit“. Die Fraktion fordert u. a. einen landesweiten Care-Bericht sowie mehr Unterstützung durch „haushaltsnahe Dienstleistungen“. Beim Bund solle die Landesregierung auf verbesserte Pflegezeitregelungen sowie Einführung einer Lohnersatzleistung für Pflegenden hinwirken.

„Umsetzungsproblem“

„Obwohl nicht erst seit der Corona-Pandemie klar sein müsste, dass die deutsche Wirtschaft ohne die überwiegend von Frauen geleistete unbezahlte Care-Arbeit nicht überlebensfähig wäre, wird darauf nach wie vor als kostenlose, vermeintlich unversiegbare Ressource zurückgegriffen“, so Prof. i. R. Dr. Uta Meier-Gräwe (bis 2018 Lehrstuhl für Wirtschaftslehre des Privathaushalts und Familienwissenschaft an der Justus-Liebig-Universität Gießen) in ihrer Stellungnahme für die Ausschüsse. Die im Antrag gestellten Forderungen seien „allesamt überfällig und wurden auch von anderen Parteien, Verbänden und Kommissionen mit gewissen Nuancierungen bereits vorgebracht“. Folglich gebe es bundesweit „kein Erkenntnis-, sondern ein veritables Umsetzungsproblem“.

Die Initiative der Grünen sei begrüßenswert, schreibt die Psychologin und Pädagogin Dr. Barbara Stiegler (Bonn). Veränderungen könnten jedoch nicht allein auf Landesebene umgesetzt werden. Es seien „gewaltige Korrekturen im Erwerbssystem und im Sozialsystem“ erforderlich, die auf Bundesebene ansetzen müssten. Das familienbasierte Care-System führe „nicht nur zur individuellen Überforderung der Betroffenen, sondern entspricht auch generell nicht dem Interesse vieler Frauen und Männer und schon gar nicht dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit“.

Es sei notwendig, „Strukturen zu stabilisieren und zu unterstützen, die eine gleichberechtigte Aufteilung von Care-Arbeit ermöglichen“, heißt es in einer Stellungnahme der Arbeiterwohlfahrt, Bezirk Westliches Westfalen. Ein „Bericht über die aktuelle Situation unter wissenschaftlichen Kriterien“ sei zu begrüßen. Bei einer „kontinuierlich ansteigenden Zahl von Pflegebedürftigen“ sei es „dringend notwendig, Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige zu stärken und finanzielle Absicherung zu gewährleisten“.

„Care- und Sorgearbeit und ehrenamtliches Engagement machen auch in Kirche und Diakonie die professionelle entlohnte Tätigkeit in vielen Bereichen erst möglich“, so die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe. Dabei zeige sich, dass „die unentgeltliche Seite ein eher weibliches, die entlohnte Arbeit ein eher männliches Gesicht hat“. Die Diakonie sprach sich für eine bessere Unterstützung der Betroffenen durch Angebote haushaltsnaher Dienstleistungen aus.

Care-Arbeit sei noch immer „weiblich konnotiert“, schreibt Prof. Dr. Irene Gerlach

vom Forschungszentrum Familienbewusste Personalpolitik (Münster). Auch innerhalb der Familien verbleibe die „Hauptlast für Kinderbetreuung, Pflege und Hausarbeit bei Frauen und Müttern“. Eine mögliche Entlastung seien haushaltsnahe Dienstleistungen. Wichtig sei, dass Förderungen nicht innerhalb zeitlich begrenzter Projekte erfolgten: „Die Nutzenden brauchen langfristige Planungssicherheit.“

Als Teil der Landesinitiative „Frau und Wirtschaft“ des Ministeriums für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung trügen die Kompetenzzentren in den Wirtschaftsregionen „maßgeblich dazu bei, eine frauen- und familienfördernde Personalpolitik in kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) zu etablieren“, so das Kompetenzzentrum Frau und Beruf Düsseldorf/Kreis Mettmann. Eine solche Personalpolitik stärke die Wettbewerbsfähigkeit gerade kleiner und mittelständischer Unternehmen und sei die „Basis der beruflichen Chancengleichheit von Frauen und Männern“. Man begrüße den Antrag, insbesondere mit Blick auf flexible Arbeitszeitmodelle durch Arbeitszeitkonten, Homeoffice-Regelungen oder Teilzeitausbildungsmöglichkeiten. zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 10 und 11.



Foto: Schälte